53. Jahrgang. № 20. Mittwoch, 20. Januar 1909.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3,00 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe gleichzeitig zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

Anzeigen-Tarif Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf.; Geschäfts-Anzeigen auf der Privatseite Zeile 30 Pf.; die zweispaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. — Zu Sammern nach Sonn- u. Feiertagen die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden die Grundzeile 25 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | **Milch-Chocolade No. 600.** Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Reisewitzer Pilsener ist ein unübertroffenes Produkt deutscher Braukunst!

Apotheker Peters **Albumol**, aromatischer **Eier-Lebertran** mit Nährsalzen bereitet aus frischen Eiern und bestem Meyerschen Medizinaltran. Von angenehmem, nicht tranigem Geschmack, ist der Eiertran eines der besten Heilnährmittel der Gegenwart. Ueberaus wirksam bei Drüsen-, Lungen-, Halskrankheiten, Magerkeit, Körperschwäche, englischer Krankheit, Skrophulose, Hautausschlag, Rheumatismus u. s. w. Flasche 75 Pfg. und 1,50 Mk. Alleinverkauf und Versand auch auswärts.
Salomonis-Apotheke, Neumarkt 8.

Ullrichs Pianinos sind vorzüglich, dabei sehr preiswürdig. 1 Pirnaische Strasse 1 (am Pirnaischen Platz).

GALERIE ERNST ARNOLD, 34 Schloss-Strasse 34.
Ausstellung WILHELM BUSCH: 150 Gemälde und zirka 300 Zeichnungen.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Kalt, meist heiter.

Die Erste Kammer erledigte gestern u. a. den Gesetzentwurf zur Abänderung und Ergänzung des Allgemeinen Berggesetzes; die Zweite Kammer nahm des weiteren die Anträge auf eine organische Reform des Volksschulwesens an.

Der Reichstag nahm gestern u. a. den Justizetat, die Wechselstempelsteuernovelle und den Gesetzentwurf betreffend die Preisfeststellung auf Schlachtviehmärkten an.

Das Zentrum will, wie verlautet, einen Entwurf betreffend die Branntweinsteuerreform im Reichstag einbringen.

Die Beerdigung Ernst von Wildenbruchs fand gestern nachmittag in Weimar statt.

In Wien wurde eine 21jährige Modistin ermordet aufgefunden.

In Vichy wurde ein junger Mann unter dem Verdacht, Deutschland Spionagedienste geleistet zu haben, verhaftet.

In Messina und Reggio di Calabria wurden wieder starke Erdstöße verspürt.

Aus Schottland und Irland werden große Ueberschwemmungen gemeldet.

Wie steht's in Marokko?

Es ist ein eigen Ding um die gegenwärtige internationale Lage. Sie will nicht zur Glättung und Abklärung kommen und erzeugt immer neue Schwierigkeiten, bald hier, bald dort. Glaubt der suchende Blick des politischen Beobachters wirklich einmal einen ruhenden Pol in der Erscheinungen Flucht entdeckt zu haben, so entsteht flugs an einem anderen Punkte eine verstärkte Bewegung, die aller Augen auf sich lenkt und die Ruhe des gesamten Kontinents in Mitleidenschaft zu ziehen droht. So ist jetzt kaum die orientalische Krise mit Ach und Krach aus dem Stadium der gefährlichsten Verwicklungen in die Bahn einer hoffnungsvolleren, die Aussicht auf allgemeine Verständigung bietenden Gestaltung gelenkt worden, da gärt es schon wieder am gerade entgegengesetzten Ende, bei unseren westlichen Nachbarn, deren „Gloire"-Sucht augenscheinlich durch ihr marokkanisches Abenteuer je länger, desto mehr entfacht wird. Die Zeit scheint hier ihren sonstigen abdämpfenden Einfluß einmal ausnahmsweise nicht geltend machen zu wollen: wenigstens trug die letzte französische Kammerdebatte über Marokko ganz das Gepräge einer wachsenden Leidenschaft, eines ungestümen Aktionsdranges, der internationale Rücksichten und Verträge, überhaupt jede Art von Bindung der eigenen Bewegungsfreiheit als einen lästigen, unerträglichen Zwang empfindet und unverhüllt den Willen zur Tat, zur Herstellung der französischen Alleinherrschaft in dem nordafrikanischen Sultanat zum Ausdruck bringt.

Die vorgestrige Verhandlung in der Pariser Deputiertenkammer zeigte die französische Volksvertretung in geradezu glänzender Weise in der festen Geschlossenheit und Einmütigkeit, die ihr in allen nationalen Fragen eigen ist und die für uns auch dann, wenn sie sich gegen uns selbst richtet, der lehrreichen Nutzanwendungen nicht entbehrt. Das Ergebnis der Abstimmung, nahezu 400 Stimmen Mehrheit für das der Regierung erteilte Vertrauensvotum, muß um so eindrucksvoller erscheinen, als erst wenige Tage vorher bei der damals begonnenen und dann auf vorgestern vertagten Beratung der Interpellation über Marokko der sozialistische Abgeordnete Jaurès an der von der Regierung befolgten Politik eine sehr wirksame Kritik geübt hatte wegen des vom General Lianthey erstatteten Berichts, der den Beweis für die französische Absicht einer dauernden militärischen Besetzung des östlichen Marokkos enthalten soll. Da Herr Pichon, lebhaft sekundiert von Herrn Clémenceau, sich entschieden weigerte, den beanstandeten Bericht zur Kenntnis des Hauses zu bringen, so dürfte der Inhalt wohl irgendetwas an sich haben, das sich vor dem hellen Lichte der Oeffentlichkeit und einem Vergleiche mit den in der Algeciras-Akte übernommenen Verpflichtungen Frankreichs scheuen muß. Da überdies Herr Jaurès noch genauere Einzelheiten über die ostmarokkanischen Pläne Frankreichs hinzufügte, so schien die Enthüllung einer solchen regelrechten Eroberungspolitik die gesamte Linke stark zu beeinflussen, und die Pariser Presse stellte auf Grund des Ausganges des ersten Verhandlungstages der Interpellation dem Kabinett Clémenceau bereits ein recht ungünstiges Horoskop. Vorgestern aber änderte sich das Bild mit einem Schlage. Welche Wirkungen hinter den Kulissen dabei mitgespielt haben mögen, läßt sich natürlich nicht kontrollieren. Tatsache ist jedenfalls, daß der Schluß der Debatte durch eine sehr starke patriotische Note gekennzeichnet wurde, die in ihrer ziemlich chauvinistischen und auf die „Gloire" zugespitzten Klangfarbe durch die bis jetzt bekannten Vorgänge in Marokko nicht recht begründet erscheint und daher unwillkürlich den Verdacht erweckt, daß das französische Parlament auf Grund vertraulicher Aufklärungen durch die Regierung in naher Zukunft erneute Schwierigkeiten erwartet. Besonders auffällig war die ebenfalls plötzlich veränderte Haltung des Herrn Jaurès, der seine sonstige Geneigtheit, dem deutschen Standpunkte eine gewisse sachliche Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, so gut wie ganz vermissen ließ und seine Rede reichlich mit Ausfällen gegen Deutschland und dessen angeblich Frankreich feindliche Diplomatie zu würzen beliebte. Formell hielt Herr Jaurès zwar noch an der Empfehlung einer Verständigung mit Deutschland fest, um nicht gar zu sehr mit sich selbst in Widerspruch zu geraten, sprach aber gleichzeitig die charakteristische Befürchtung aus, daß die „versöhnliche Haltung" und die „Uneigennützigkeit" der französischen, bisher von ihm scharf bekämpften und des geraden Gegenteils bezichtigten Regierungspolitik, die eine Annäherung an Deutschland zu fördern suche, von deutscher amtlicher Seite durchkreuzt würden. Auch Herr Jaurès stellte sich auf den Standpunkt des „right or wrong, — my country": ob Frankreich im Recht oder im Unrecht ist, kommt nicht mehr in Frage; es handelt sich nur noch um das gemeinsame nationale Interesse. Mit aller wünschenswerten Deutlichkeit kam dieser Geist in der Rede des Abgeordneten Cochin zum Ausdruck, der ohne Umschweife erklärte, er glaube nicht, daß die Lage gestatte, an eine Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich zu denken, und sich in einem Appell an die „Gloire" gefiel, indem er bedauerte, daß die Regierung den französischen Offizieren in Marokko in den Arm gefallen sei, in ebendem Augenblicke, wo sie bereits im Begriff gestanden hätten, den Sieg an ihre Fahnen zu fesseln. Wenn demgegenüber der Leiter der auswärtigen Politik der Republik es für nötig hielt, ausdrücklich von der Beteiligung Frankreichs an dem „allgemeinen Friedenswerke" zu reden, so wurde auch diese abdämpfende Kundgebung in demselben Atem wieder ihres überzeugenden Eindruckes beraubt durch die gleichzeitige offizielle Huldigung für die beiden verbündeten und befreundeten Mächte, Rußland und England, deren Sinn in solchem Zusammenhange ja nicht zweifelhaft sein kann.

Die Verbeugung der französischen Regierung vor England scheint in diesem Falle jenseits des Kanals übrigens nicht die erhoffte Wirkung gehabt zu haben, offenbar, weil die Engländer wegen ihrer asiatischen Stellung durch das Vorgehen Rußlands in Persien besorgt sind und ihnen deshalb ein erneuter marokkanischer Konflikt nicht gelegen käme. Frankreich soll nach englischer Absicht zunächst in Petersburg nach dem Rechten sehen und dort einen Druck zu englischen Gunsten wegen Persiens ausüben, aber nicht sich in erneute marokkanische Quertreibereien einlassen, aus deren zeitlicher Verquickung mit den Vorgängen in Persien sich eine veränderte Mächtegruppierung durch Wiederherstellung eines engeren Verhältnisses zwischen Deutschland und Rußland ergeben könnte. Ein führendes liberales Blatt Londons macht den Russen in Persien und den Franzosen in Marokko direkt Eroberungspolitik zum Vorwurf; man rede in Frankreich immer von der deutschen Angriffspolitik, treibe aber selbst in Marokko eine solche unter dem Vorwande die Grenzen von Algier sichern zu müssen. Es liegt ein gutes Stück geschichtlichen Humors in dieser britischen Anklage gegen den französischen Bundesbruder, der nur so lange mit Liebe umfaßt wird, als er genau in den Bahnen des großbritannischen Interesses wandelt, aber sofort einen Rüffel erhält, sowie er sich einmal eigene Wege zu gehen erlaubt. Was allerdings nicht hindert, daß der englische Splitterrichter, der den Balken im eigenen Auge nicht sieht — wo hätte ein Staat jemals skrupellosere Eroberungspolitik getrieben als Großbritannien! —, diesmal mit Bezug auf die marokkanische Politik Frankreichs die Wahrheit gesagt hat. Die Dinge haben sich allem Anschein nach in Marokko dermaßen zugespitzt, daß eine glatte und einwandfreie Entwirrung der Lage überhaupt nicht mehr möglich ist. Die französische Regierungspolitik hat sich in einer langen Periode von Halbheit und Unentschlossenheit, in der dem Standpunkte der deutschen Regierung auf Grund der Algeciras-Akte äußerliche formale Zugeständnisse gemacht wurden, ohne den Kern der Sache zu ändern, allmählich von der militärischen Leitung in Marokko gänzlich überflügeln lassen, bis dort schließlich ein Zustand zur Tatsache geworden ist, der nicht mehr und nicht weniger als den Anfang der französischen Alleinherrschaft bedeutet und nicht mehr rückgängig gemacht werden kann, ohne das leicht erregbare nationale Selbstbewußtsein der Franzosen auf das empfindlichste zu verletzen. Es kommt also darauf hinaus, daß die französische Nation in Gefahr ist, zu einer „Prestige"-Politik in Marokko fortgerissen zu werden, die im gegebenen Augenblick bereit ist, den ganzen Einsatz auf eine Karte zu setzen.

Wie geschwollen die Stimmung bei einem Teile unserer westlichen Nachbarn wieder einmal ist, zeigt die Herrn Clémenceau von einem Pariser Journalisten in den Mund gelegte Aeußerung, daß Frankreich in diesem Frühjahr Krieg mit Deutschland haben werde. Ist natürlich prompt dementiert worden; wenn aber überhaupt solche Redereien auftauchen und — geglaubt werden können, so ist das an sich schon kein gutes Zeichen für den politischen Gemütszustand eines Volkes. Parlamentarische Verhandlungen von solcher Art, wie die vorgestrige Debatte in der Pariser Deputiertenkammer, können nur dazu beitragen, der Vermutung, daß eine neue Marokko-Gefahr im Anzuge sei, sachliche Begründung zu verleihen. Warten wir also ruhig ab, und vor allem, seien wir bereit, eine etwa notwendige Aktion unserer Regierung gegebenenfalls mit genau derselben nationalen Einmütigkeit zu unterstützen, die jetzt das französische Parlament mit einer zweifellos imponierenden patriotischen Disziplin bekundet!

Neueste Drahtmeldungen vom 19. Januar.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) In dritter Beratung werden der Handelsvertrag mit Salvador und der Gesetzentwurf betreffend die Kontrolle des Reichshaushalts definitiv angenommen und dann die zweite Beratung des Etats, und zwar des Spezialetats des Reichsjustizamts fortgesetzt. — Abg. Kaempf (Freis. Volksp.): Eine internationale Regelung des Wechselrechts ist dringend erwünscht. Eine bezügliche Konferenz soll im Haag stattfinden, die Einladungen dazu sollen bereits ergangen sein. Ich darf wohl fragen, ob auch an Deutschland eine Einladung ergangen ist? Zweitens möchte ich darauf hinweisen, daß es doch dringend notwendig ist, in Deutschland auf dem Gebiete des Verwaltungsrechtes einheitliches Recht zu schaffen. Es gibt bei uns Staaten, wo ministerialinstanzliche Grundsätze und Entscheidungen durch gerichtliche Entscheidungen nicht angegriffen werden können, so z. B. in Bayern. Ferner gibt es Staaten, wo der gerichtliche Angriff ministerialinstanzlichen Entscheidungen erfolgen kann: und endlich Staaten, wo dies nur nach bestimmten Gesetzen in bezug auf bestimmte Fragen der Fall ist. — Staatssekretär Nieberding: Diese letztere Frage ist so schwierig, daß ich zurzeit eine bestimmte Erklärung namens der Regierung nicht abgeben kann. Die Frage wird aber im Auge behalten werden. Die Einladungen wegen der internationalen Konferenz über Wechselrecht sind ergangen seitens der Niederlande. Auch Italien beabsichtigt, sich zu beteiligen. — Abg. Junck (natl.): Daß die Frage der gesetzlichen Regelung des Tarifvertragswesens von dem Reichsjustizamt dem Reichsamte des Innern überwiesen worden ist, haben wir mit einer gewissen Resignation vernommen. Wir wünschen jetzt jedenfalls dem Reichsamte des Innern gute Fahrt. Weiter ist erforderlich, die endliche Regelung des Rechts der Berufsvereine. Eine Entlastung des Reichsgerichts ist unerläßlich, ist aber auch nach verschiedenen Richtungen hin möglich. Unter anderem halte ich es für angezeigt, Urteile von Oberlandesgerichten in jedem Falle für ohne weiteres vollstreckbar zu erklären. Ich erinnere da übrigens an den tiefbedauerlichen Vorfall im Vorjahre, wo in der Gerichtssitzung ein mit seinen Rechtsansprüchen Abgewiesener gleich eine ganze Serie von Pistolenschüssen auf die Richter abfeuerte und dabei einen ganz Unschuldigten, den Kanzleirat Straßburger, tötete. Es versteht sich für mich von selbst, daß unsere Richter sich auch durch so beklagenswerte Vorkommnisse nicht ein Jota von dem, was sie für Recht halten, abringen lassen. Daß für die Hinterbliebenen des so unschuldig ums Leben Gekommenen ausgiebig gesorgt werden wird, darf doch wohl erwartet werden. — Staatssekretär Nieberding: Dieses ungewöhnliche Ereignis, das sich vor den Schranken des Reichsgerichtes abspielte und einen ehrenhaften gewissenhaften Beamten zu Tode brachte, ist gewiß beklagenswert. Dem von dem Vorredner geäußerten Wunsche, daß für die Hinterbliebenen gesorgt werden möge, wird von der Verwaltung gewiß entsprochen werden. Der Frage der Regelung des Tarifvertragswesens widmen wir im Reichsamte der Justiz nach wie vor unsere volle Teilnahme. Wenn ich gestern sagte, daß diese Frage von uns an das Reichsamt des Innern überwiesen worden sei, so sollte damit in keiner Weise irgendein positiver oder nega-